

Pressemitteilung

04.12.2018



Rechtshilfefonds der Rewe-Gegner

Die Bürgerinitiative Bürger für Boden hat einen Rechtshilfefonds ins Leben gerufen. In diesem Fonds soll Geld gesammelt werden, das zur Unterstützung von Privatklagen von Personen oder Gemeinschaften dient, die direkt vom Bau des geplanten Rewe-Logistikzentrums in Berstadt betroffen sind. Mit diesem Schritt dehnt die BI ihre Aktivitäten auch auf die juristische Ebene aus. Der Fonds steht ab sofort für Beiträge von Gegnerinnen und Gegnern des Projekts offen. Er wird vom Evangelischen Dekanat Wetterau treuhänderisch verwaltet.

BI-Sprecherin Anette Breit erläutert die Motive, die zur Gründung des Fonds führten: "Wir nehmen sehr genau wahr, dass wir das Projekt auf der politischen Ebene kaum stoppen können. Hier sind Mehrheitsverhältnisse und Interessen viel zu fest gefügt. Es ist erschütternd zu sehen, wie wenig diskutiert wird, wie einfach hervorragende Böden in Betonlandschaften umgewidmet werden können. Deshalb ist die Verbandsklage des BUND so wichtig. Deshalb unterstützen auch wir die von diesem Monsterprojekt persönlich Betroffenen juristisch. Zwar tut die Gemeinde Wölfersheim alles, um an das Land auf dem vorgesehenen Gelände zu kommen. Dennoch gibt es Grundstückseigner, die nicht verkaufen wollen und nicht verkaufen werden. Die Gemeinde wird sie zwingen müssen, ihr Land herzugeben. Genau hier setzt unser Fonds an. Die BI wird Anwälte engagieren, die die Interessen der Nicht-Verkaufswilligen und der betroffenen Anwohner und betroffener Vereine juristisch vertreten. Rewe tut das ohnehin. Über die Gemeinde Wölfersheim arbeitet eine Armada von Planern, Gutachtern und Juristen daran, an das Land zu kommen".

Der Rechtshilfefonds hat eine Satzung, die auf der Webseite der BI veröffentlicht ist. Das Konto des Fonds wird treuhänderisch vom Evangelischen Dekanat Wetterau geführt. Anette Breit: "Es ist uns absolut wichtig, dass Kontrolle da ist. So können sich Einzahlerinnen und Einzahler darauf verlassen, dass die Gelder nur für die in der Satzung formulierten Zwecke verwendet werden. Im Wesentlichen sind das die Rechtsvertretung Betroffener sowie in geringem Maß Rechtsberatung der BI. Das Dekanat registriert alle eingezahlten Gelder. Auszahlungen erfolgen nur auf Weisung der für den Fonds Verantwortlichen. Das sind Christa Degkwitz, Anette Breit und Susan Schultheis. Sie nehmen Anträge Betroffener auf Finanzierung einer rechtlichen Vertretung entgegen und entscheiden darüber. Das Dekanat prüft die Entscheidung und begleicht Anwaltsrechnungen oder Gerichtskosten. Bleiben am Ende, gleich ob im Erfolgs- oder Misserfolgsfall, Gelder übrig, werden sie anteilig den Einzahlerinnen und Einzählern zurückgezahlt, sofern sie nicht bei der Einzahlung auf mögliche Rückzahlung verzichtet haben. Gelder, die genau deshalb nicht zurückgezahlt werden, gehen an eine gemeinnützige Institution, die sich für Bodenschutz und gegen den Flächenverbrauch engagiert."

Anette Breit macht deutlich: "Wir unterstützen den Rechtsbeistand bzw. Klagen von Privatpersonen. Deshalb ist der Rechtshilfefonds auch leider nicht gemeinnützig. Jede Einzahlerin, jeder Einzahler sollte wissen, dass es dafür keine Spendenquittung geben kann. Aber: nicht benötigtes Geld wird wieder zurückgezahlt. Dennoch ist der Fonds enorm wichtig. Wir zeigen damit, dass wir ernst machen. Die Gemeinde Wölfersheim und Rewe sollten wissen, dass wir es nicht nur beim Protestieren belassen".

Die BI fordert die Gegnerinnen und Gegner des Vorhabens auf, den Fonds unter Angabe von Name und Adresse mit Einzahlungen auf das Konto zu unterstützen und so dafür zu sorgen, dass Gerichte die Vorgänge zu diesem Projekt überprüfen und eine juristischen Auseinandersetzungen zu ermöglichen! Hier die Angaben zum Konto des Fonds:

Ev. Regionalverwaltung Wetterau; Evangelische Bank eG
IBAN DE29 5206 0410 0004 1002 55; BIC GENODEF1EK1

Stichwort: **Rechtshilfefond RT 6498.2998**